



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 13.03.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 05.02.2018, 14:30 Uhr bis 15:36 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE in Vertretung für Frau von Bülow
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Andrea Blome
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Hans-Jochen Hemsing

Frau Isabell Nehmeyer-Srocke

Schriftführer

Herr Michael Müller

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Brigitta von Bülow

GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens

AfD

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung.

Er fragt die Verwaltung, warum die Antwort auf die öffentliche Anfrage der SPD-Fraktion zum Verkauf der städtischen Krankenhäuser (AN/0119/2018) im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 4.1 erfolge.

Frau Stadtkämmerin Klug weist darauf hin, dass es übliche Praxis sei, Berichte über mögliche eigentumsrechtliche Änderungen von Beteiligungsgesellschaften im nicht-öffentlichen Teil zu behandeln.

RM Frank gibt zu bedenken, dass eine öffentliche Diskussion dieser Thematik eventuell weitere Interessenten anlocken könnte.

Der Ausschussvorsitzende bekräftigt seine Ansicht, dass die Antwort im öffentlichen Teil erfolgen solle, da er keine zwingenden Gründe für die Nicht-Öffentlichkeit erkennen könne.

Frau Stadtkämmerin Klug erklärt ihr Einverständnis. Die Beantwortung der Anfrage AN/0119/2018 wird als TOP 3.1.1 in den öffentlichen Teil geschoben.

RM Frank regt an, die Mitteilung TOP 2.8 im nicht-öffentlichen Teil zum Thema Bio-Campus genau wie der Wirtschaftsausschuss zurückzustellen.

Der Ausschussvorsitzende plädiert dafür, TOP 2.8 zunächst auf der Tagesordnung zu belassen, um dem Ausschuss Gelegenheit für Nachfragen zu geben.

Der Ausschuss ist mit folgender Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Gebührenbescheide für Kindertagesstätten
4039/2017

1.2 Dokumentation der Werthaltigkeitsprüfungen von Finanzanlagen im Rahmen des Jahresabschlusses
3992/2017

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
0327/2018

2.2 Nord-Süd-Stadtbahn 1. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3420/2017

2.3 Nord-Süd-Stadtbahn 2. Baustufe
Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016
3464/2017

2.4 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
November 2017
0071/2018

2.5 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Dezember 2017
0189/2018

2.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018

2.7 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren
3783/2017

2.8 Haushaltsplanaufstellungsverfahren 2019 - Rahmenterminplanung
0288/2018

2.9 19. Bericht zur Flüchtlingssituation
0313/2018

2.10 Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen - Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018
0366/2018

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Verkauf der städtischen Krankenhäuser an das Universitätsklinikum Köln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.01.2018
AN/0119/2018
- 3.1.1 Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion
0298/2018
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 6.1 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017
- 7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 10 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 11 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 12.1 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete
2465/2016/1

- 12.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss
2848/2017
- 12.2.1 gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu TOP 12.2
AN/0170/2018
- 12.3 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
3428/2017
- 12.3.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
Luftreinhalteplan - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, DS 3428/2017
AN/0069/2018
- 12.4 Ergänzung von Gesellschaftsverträgen städtischer Beteiligungsunternehmen
3466/2017
- 12.5 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich
3811/2017
- 12.6 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2018
3935/2017
- 12.7 Zuschüsse zur Förderung von Kleinfestivals
3987/2017
- 12.8 Sportanlage Wuppertaler Straße, Köln-Buchheim
hier: Bau eines Umkleide- und Sanitärgebäudes mit Vereinsraum und Lager-
räumen
3376/2017
- 12.9 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017
- 12.10 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim. Hier: Weiter-
planungsbeschluss
3409/2017
- 12.11 Institutionelle Förderung des Festivals "Sommerblut" für die Jahre 2018 bis
2020
3930/2017

- 12.12 Institutionelle Förderung der Temporary Gallery für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021
3959/2017
- 12.13 Leitprojekt "Stärkung der freien Szene als Akteur der Stadtgesellschaft"
Verteilung der Institutionellen Förderung
3981/2017
- 12.14 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung "Trans*Queer* Cologne"
0090/2018
- 12.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018
0081/2018
- 12.16 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln
2628/2017
- 12.17 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017
- 12.18 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln;
hier: Endgültige Mittelfreigabe
0221/2018
- 12.19 Erwerb eines Gesellschaftsanteils der Partnerschaft Deutschland
0168/2018
- 12.20 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen im Stadtbezirk Rodenkirchen
3750/2017

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Gebührenbescheide für Kindertagesstätten 4039/2017

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Dokumentation der Werthaltigkeitsprüfungen von Finanzanlagen im Rahmen des Jahresabschlusses 3992/2017

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenauf- teilung 0327/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Nord-Süd-Stadtbahn 1. Baustufe Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016 3420/2017

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

2.3 Nord-Süd-Stadtbahn 2. Baustufe Berichtswesen 3. und 4. Quartal 2016 3464/2017

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

2.4 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz November 2017 0071/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

2.5 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Dezember 2017 0189/2018

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.7 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und
Gebühren
3783/2017**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.8 Haushaltsplanaufstellungsverfahren 2019 - Rahmenterminplanung
0288/2018**

RM Detjen bittet die Verwaltung die Erstellung der Liste der Transferaufwendungen zeitlich einzuplanen und schlägt vor, die Beratung des Haushaltsplanes im Finanzausschuss auf den 11.10.2018 zu verschieben.

RM Frank begrüßt die Mitteilung der Verwaltung. Es sei gut, dass über den Haushaltsplan 2019 noch im laufenden Jahr beschlossen werden solle.

RM Kienitz weist darauf hin, dass der Termin 08.10.2018 für die Beratung im Finanzausschuss mit den Geschäftsführungen der Fraktionen abgestimmt wurde.

Der Ausschussvorsitzende behält sich die abschließende Terminierung der Sitzung nach Absprache mit den Sprechern der Fraktionen vor.

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.9 19. Bericht zur Flüchtlingssituation
0313/2018**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

**2.10 Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen - Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 29.01.2018
0366/2018**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Verkauf der städtischen Krankenhäuser an das Universitätsklinikum
Köln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.01.2018
AN/0119/2018**

3.1.1 Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion 0298/2018

Der Ausschussvorsitzende kritisiert, dass die Beantwortung in Form einer Tischvorlage erfolge.

Er wünscht, dass der Politik das erwähnte Kurzgutachten zum Vergaberecht zur Verfügung gestellt werde und fragt, ob die von der Oberbürgermeisterin bereits öffentlich angekündigte Vergabe weiterer Gutachten zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll sei. Er habe den Eindruck, dass die Stadt zuerst noch intensive Überlegungen anstellen sollte, um die Ziele zu erreichen und der komplexen Materie gerecht zu werden.

Frau Stadtkämmerin Klug sagt zu, das vergaberechtliche Kurzgutachten den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Dessen Kernaussage sei, dass die Stadt exklusiv mit der Uniklinik verhandeln dürfe. Es sei zudem sichergestellt, dass die Stadt jederzeit aus einem Vergabeverfahren aussteigen könne, wenn der Markt kein adäquates Angebot in diesem kommunalen Pflichtbereich darstellen sollte.

Sie führt aus, dass die Hinzuziehung externen Sachverständes bei solch komplexen Fragestellungen übliches Verfahren sei. Es seien zusätzliche vergabe-, beihilfe- und kartellrechtliche Prüfungen notwendig, wenn im Laufe des Verfahrens weitere Interessenten hinzukommen sollten.

RM Detjen spricht sich für eine inhaltliche Diskussion vor einer möglichen Vergabe aus. Durch eine Unterrichtung seiner Fraktion bei der Bezirksregierung sei ihm deutlich geworden, dass diese eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidung spielen werde. Zudem sei es ratsam, die von der Landesregierung angekündigte Neuordnung der Krankenhausfinanzierung abzuwarten.

RM Breite fragt, ob es richtig sei, dass die Stadt zum gutachterlich festgelegten Marktpreis an die Uniklinik verkaufen könne, auch wenn ein Dritter einen höheren Preis bieten würde.

Die Verwaltung verneint dies. Im Fall eines höheren Angebotes ist der gutachterlich festgelegte Wert kein Marktpreis mehr und es müssen neue Prüfungen eingeleitet werden.

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 6.1 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016 / 2017 der Stadt Köln
3458/2017**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

- 7 **Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 8 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9 **Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 10 **Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 11 **Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen**
- 12 **Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 12.1 **Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete
2465/2016/1**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

- 12.2 **Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss
2848/2017**

Herr Beigeordnete Dr. Rau bittet im Hinblick auf die Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Rodenkirchen und im Bauausschuss um Ergänzung der Beschlussvorlage nach Absatz 1: **Für den weggefallenen Bolzplatz soll eine Ausgleichsfläche gefunden werden.**

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende kritisiert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen als unangemessen und inhaltlich nicht nachvollziehbar. Es sei problematisch, Flüchtlinge zu kategorisieren. Er wolle diese Vorlage gerne im Konsens beschließen und bitte daher die Antragsteller um den Verzicht auf die Änderung.

RM Henk-Hollstein weist darauf hin, dass es bereits an vielen Standorten zur Unterbringung von Flüchtlingen eine Bevorzugung von Familien mit Kindern gebe.

RM Detjen plädiert dafür, es der Abwägung der Verwaltung zu überlassen, wer in diesem Neubau untergebracht werde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau stimmt dem zu. Das langfristige Ziel einer inklusiven Gesellschaft sei nur über Stufen zu erreichen. Eine separate Unterbringung bestimmter

Flüchtlingsgruppen werde von der Verwaltung kompetent umgesetzt. Sie brauche dafür einen entsprechenden Handlungsspielraum.

RM Petelkau verweist auf die Situation vor Ort. Es handele sich um einen guten Standort für Familien mit der nötigen Infrastruktur. Eine schnelle Integration sei das Ziel. Die vorgeschlagene Ergänzung des Beschlusstextes sei als Bitte an die Verwaltung zu sehen.

RM Frank begrüßt dieses Projekt geförderten Wohnungsbaus in Marienburg und erinnert daran, dass die Entscheidung über die zusätzlichen Standorte zur Flüchtlingsunterbringung in Jahre 2016 unter intensiver Mitwirkung aller politischen Fraktionen getroffen wurde.

RM Breite kritisiert, dass im Änderungsantrag nur alleinerziehende Frauen genannt seien. Dies sei diskriminierend für Männer, die in der gleichen Situation leben.

RM Petelkau schlägt vor, im Änderungsantrag „alleinerziehende Frauen“ durch „Alleinerziehende“ zu ersetzen.

Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Änderungsantrag unter Berücksichtigung der mündlichen Änderung durch RM Petelkau zur Abstimmung:

Der Ausschussvorsitzende stellt den durch den Änderungsantrag geänderten Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten** Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., Gemarkung: Köln-Rondorf, Flur: 51, Flurstücke: 708, 1208, 597 und 1209 aufzunehmen.

Für den weggefallenen Bolzplatz soll eine Ausgleichsfläche gefunden werden.

Bei der zukünftigen Belegung der Wohneinheiten sollen ausschließlich geflüchtete Familien, geflüchtete Alleinerziehende mit Kindern sowie Familien und Alleinerziehende mit Kindern mit Wohnberechtigungsschein berücksichtigt werden.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (z.B. Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 235.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 235.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-2-5153 die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis über den veränderten Beschlussvorschlag:

Mehrheitlich - gegen die Stimme der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der SPD-Fraktion - zugestimmt

12.2.1 gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu TOP 12.2 AN/0170/2018

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird folgendermaßen ergänzt:

Bei der zukünftigen Belegung der Wohneinheiten sollen ausschließlich geflüchtete Familien, geflüchtete Alleinerziehende mit Kindern sowie Familien und Alleinerziehende mit Kindern mit Wohnberechtigungsschein berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke - zugestimmt

12.3 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhaltplans 3428/2017

12.3.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Luftreinhaltplan - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhaltplans, DS 3428/2017 AN/0069/2018

Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag werden ohne Votum in den Rat verwiesen.

12.4 Ergänzung von Gesellschaftsverträgen städtischer Beteiligungsunternehmen 3466/2017

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

12.5 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich 3811/2017

Beschluss:

Die Fachausschüsse bzw. der Finanzausschuss beschließen, ab dem Haushaltsjahr 2018 zur Stärkung von Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 € pro Jahr freizugeben. Die Mittel werden zur Erhöhung der Förderung von rund 33 € je OGS-Platz und Schuljahr eingesetzt.

Die in 2018 zusätzlich erforderlichen Mittel werden durch Ermächtigungsübertragung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufga-

ben zur Verfügung gestellt. Die für die Folgejahre erforderlichen Mittel wurden in der Haushaltsplanung 2018ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.6 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2018
3935/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2018

im Erfolgsplan

mit Erträgen von 181.600 Euro

sowie Aufwendungen von 69.500 Euro

und einem Jahresüberschuss von 112.100 Euro

fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.7 Zuschüsse zur Förderung von Kleinfestivals
3987/2017**

RM Frank bittet die Verwaltung um Berichterstattung über die Mittelverwendung in den Sitzungen des Ausschusses Kunst und Kultur am 19.06.2018 und im Finanzausschuss am 02.07.2018.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, die Zuschüsse zur Förderung von Kleinfestivals von 25.000 Euro auf 65.000 Euro zu erhöhen und nach folgenden Kriterien zu vergeben.

Gefördert werden sollen Festivals und Veranstaltungen, die in experimentellen Ansätzen, die Grenzen zu anderen Gesellschaftsbereichen wie Jugendkultur, Sport, Medien, Stadtentwicklung sowie den angewandten Künsten (Design, Architektur) überschreiten. Gefördert werden sollen hierbei insbesondere junge oder neu gegründete Initiativen.

Weitere Kriterien der Förderung sind hier wie in allen bereits geförderten Sparten:

- Künstlerische Qualität und professionelle Umsetzung

- Innovation und Originalität in Veranstaltungsformat und Programmangebot
- Erschließung neuer Zielgruppen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.8 Sportanlage Wuppertaler Straße, Köln-Buchheim
hier: Bau eines Umkleide- und Sanitärgebäudes mit Vereinsraum und
Lagerräumen
3376/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.030.000 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.9 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"
3262/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt die Wahrnehmung der neuen Aufgabe „Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen“ für den Personenkreis der Bezieher/innen von AsylbL mit positiver Bleibeperspektive durch das Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration.
2. Zur Aufgabenwahrnehmung werden im Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration 4,0 Stellen der Wertigkeit BGr. A 8 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW bzw. EGr. E 8 TVöD sowie 1,0 Stelle EG 9b TVöD eingerichtet. Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.10 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim. Hier:
Weiterplanungsbeschluss
3409/2017**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

**12.11 Institutionelle Förderung des Festivals "Sommerblut" für die Jahre 2018 bis 2020
3930/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416 - Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 dem Festival Sommerblut eine Institutionelle Förderung in Höhe von jährlich 50.000 Euro zu gewährleisten:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.12 Institutionelle Förderung der Temporary Gallery für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021
3959/2017**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

**12.13 Leitprojekt "Stärkung der freien Szene als Akteur der Stadtgesellschaft" Verteilung der Institutionellen Förderung
3981/2017**

RM Frank bittet, die Beschlussvorlage wegen Beratungsbedarfs zurückzustellen. Dies betreffe ausdrücklich nicht die Förderung des Ensembles musikFabrik.

RM Petelkau weist darauf hin, dass die Stadt ein großes Interesse daran habe, das Ensemble musikFabrik als wertvolle Kultureinrichtung für Köln zu erhalten.

Der Ausschussvorsitzende sieht eine Vertagung kritisch, weil der zuständige Fachausschuss bereits einen Beschluss gefasst habe. Die Stadt gebe damit ein höchst zweifelhaftes Signal an die Zuschussempfänger.

RM Detjen stimmt dieser Argumentation zu.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Vorschlag abstimmen, die Beschlussvorlage zurückzustellen:

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird wegen Beratungsbedarf zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke – zugestimmt

12.14 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung "Trans*Queer* Cologne" 0090/2018

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2018 ff. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung „Trans*Queer*Cologne“ im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, vorgesehenen Mittel in Höhe von 60.000 € im Haushaltsjahr 2018 ff.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 0081/2018

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird ohne Votum in den Rat verwiesen.

12.16 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln 2628/2017

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gemeinschaftsgrundschule Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln-Buchforst, zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 4-zügige Grundschule inkl. Mensa.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage beigefügte Raumprogramm zu Grunde gelegt (Anlage 1). Dabei sind entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen zulässig.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten gemäß vorläufiger Kostenschätzungen bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI, werden im Haushaltsjahr 2018 i. H. v. 54.912,25 € ergebniswirksam. Die Mittel i. H. v. 54.912,25 € sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzelle 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereits veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.17 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Containereinheiten zur Bildung von 21 Klassenräumen, 2 naturwissenschaftlichen Klassenräumen sowie einer Mensa, einer Küche, einem Personalraum sowie 2 Toilettenanlagen im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 8 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Die Finanzierung der Containerbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung auf rund 262.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2018 zu entrichtende Miete beträgt für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung rd. 87.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca. 968.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2018. Der investive Anteil in Höhe von ca. 617.600 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 350.400 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 finanziert.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Teil des Grundstückes am Venloer Wall, auf dem die mobilen Unterrichtseinheiten für den schulischen Teilstandort Amaro-Kher errichtet werden, noch vom allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.18 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln; hier: Endgültige Mittelfreigabe
0221/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren begrüßt den Antrag des Rubicon e.V. zur Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln und bittet den Finanzausschuss die Freigabe der Mittel in Höhe von 86.455,00 € zu beschließen.

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2018 einschl. der mittelfristigen Finanzplanung 2021 Förderung der Integration von Flüchtlingen mit LSBTI-Hintergrund im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.19 Erwerb eines Gesellschaftsanteils der Partnerschaft Deutschland
0168/2018**

RM Dr. Krupp sagt, seine Fraktion lehne eine Beteiligung an der PD ab. Diese führe zu einer Bevorzugung dieser externen Berater aufgrund der dann gegebenen In-housefähigkeit. In der Nachfolge zur ÖPP Partnerschaften Deutschland AG sei aber davon auszugehen, dass die Beratung weiterhin mit einer Präferenz für das Organisationsmodell der öffentlich-privaten Partnerschaft erfolge.

Frau Stadtkämmerin Klug berichtet, dass die PD schwerpunktmäßig die Geschäftsfelder der Verwaltungsreform, Infrastruktur und Gesundheitsbereich abdecke. Die Beratung erfolge neutral und ohne Festlegung auf das ÖPP-Modell. Weil die PD im Gegensatz zu anderen Beratungsfirmen im öffentlichen Bereich verankert sei, ergebe sich ein Mehrwert durch Benchmark-Vergleiche.

RM Detjen macht Fristeneinrede geltend und beantragt die Verweisung in die nächste Sitzung.

RM Frank wünscht die Beantwortung folgender Fragen:

- Wer sind die Anteilseigner an der PD?
- Wie lautet der Gesellschaftszweck der GmbH?
- Welche Formen von Beratung leistet die PD?
- Welche Vorteile bietet die Mitgliedschaft für die Stadt Köln?

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird zurückgestellt. Um die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen wird gebeten.

**12.20 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk
Rodenkirchen im Stadtbezirk Rodenkirchen
3750/2017**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel für 2016 und 2017 in Höhe von 108.100,00 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 - Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13 Mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Gez. Börschel
Ausschussvorsitzender

Gez. Müller
Schriftführer